CHRISTIAN V. POLENTZ / TRANSITFOTO

Protest gegen Vorratsdatenspeicherung

BUNDESREGIERUNG

Brüssel droht mit Verfahren

Die EU-Kommission verlangt von der Bundesregierung „schnellstmöglich“ ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Andernfalls droht sie mit einem Verfahren wegen Verletzung des EU-Vertrags. Die Speicherung von Telekommunikationsdaten, so heißt es in einem neuen Kommissionsreport, sei „ein wertvolles Instrument“ und „integraler Bestandteil“ der Arbeit europäischer Strafverfolgungsbehörden geworden. In manchen Fällen sei sie „unverzichtbar für die Verhinderung und Bekämpfung von Verbrechen“. Diese Einschätzungen stärken in der innenpolitischen Debatte die Position der Konservativen und der Sicherheitsbehörden, die seit Monaten ein neues deutsches Gesetz fordern.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hingegen hatte noch als Oppositionspolitikerin gegen die Vorratsdatenspeicherung Verfassungsbeschwerde eingelegt – und von den Karlsruher Richtern im März 2010 in weiten Teilen recht bekommen. Allerdings verwarf das Gericht nur die deutsche Umsetzung der EU-Richtlinie, nicht die Speichervorgabe an sich. Seither schwelt der Streit im schwarz-gelben Kabinett. Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger hat sich bislang mit einer Neuregelung Zeit gelassen. Sie favorisiert als Alternative zur Vorratsdatenspeicherung das Einfrieren von Daten im Falle eines konkreten Verdachts („Quick Freeze“). Diese Variante wird in der EU-Analyse jedoch als unzureichend bewertet: Die meisten Mitgliedstaaten würden sie nicht als adäquaten Ersatz sehen, heißt es.

Bei ihrer Evaluierung haben die Brüsseler Beamten aber auch in der EU-Richtlinie schwere Mängel entdeckt. So sollen kürzere Speicherfristen sowie eine Reduzierung der Datenarten und zugriffsberechtigten Behörden geprüft werden. Der EU-Abgeordnete Alexander Alvaro (FDP) hält deshalb den Druck aus Brüssel, die Richtlinie trotz des offensichtlichen Änderungsbedarfs umsetzen zu müssen, für falsch. „Die Bundesregierung muss jetzt auf die Revision dieser mangelhaften Richtlinie durch die Kommission warten, wenn sie nicht einen Zustand unhaltbarer Rechtsunsicherheit für alle Beteiligten herbeiführen will.“

LIBYEN

Brüderle will Gaddafi-Milliarden für Uno

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Wochen libysche Regierungsgelder in Höhe von sechs Milliarden Dollar auf deutschen Konten eingefroren. Das geht aus einem Vermerk von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hervor. Der FDP-Politiker fordert darin, das Geld sowie die übrigen in Europa sichergestellten Gaddafi-Milliarden an die Uno zu überweisen. „Die Vereinten Nationen könnten davon humanitäre Lieferungen zur Linderung der Not der Bevölkerung in ganz Libyen bezahlen“, heißt es in dem Papier. Brüderle, der das Geld gern auf ein Treuhandkonto der Uno überweisen würde, regt eine entsprechende Initiative der Europäischen Union an; ein nationales Vorgehen scheide aus juristischen Gründen aus. Die EU hatte eine Verordnung erlassen, wonach die Konten des Gaddafi-Regimes eingefroren werden sollen. „Es bedarf des Zusammenwirkens der Staatengemeinschaft in der EU“, heißt es in dem Papier. Konkret schlägt Brüderle einen EU-Erlass vor, der dem Gaddafi-Regime endgültig die Gelder entzieht. Völkerrechtlich spreche nichts dagegen: Es sei der erklärte Wille der Staatengemeinschaft, „die eingefrorenen Vermögenswerte so bald wie möglich dem libyschen Volk zu dessen Nutzen zur Verfügung zu stellen“.

MAXPPP / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Gaddafi